

Pressespiegel

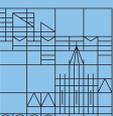
10. Juni 2010

Kontakt:

Universität Konstanz • Kommunikation und Marketing
Telefon: 07531 88-3603 • kum@uni-konstanz.de



Universität
Konstanz



Inhaltsverzeichnis

Universität Konstanz	1
Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.06.2010, Seite 8	
Die harte Arbeit am kleinen Paradies	1
Südkurier vom 10.06.2010, Seite 000	
Große Pläne mit Zwergenteilchen	5
Südkurier vom 10.06.2010, Seite 000	
Neue Technologie birgt große Chancen und ungeklärte Risiken	6
Süddeutsche Zeitung vom 10.06.2010, Seite 44	
Studienbeginn	7
 Weitere Berichterstattung	 8
Süddeutsche Zeitung vom 10.06.2010, Seite 44	
Das Studium geht in die Verlängerung	8
FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND vom 10.06.2010, Seite 25	
Beton in den Köpfen	10
Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09.06.2010, Seite N5	
Die Tonnenideologie der Forschung	11
Stuttgarter Zeitung - Stadtausgabe vom 10.06.2010, Seite 4	
„Der Bildungsgipfel wird nicht scheitern“	15
Stuttgarter Zeitung - Stadtausgabe vom 10.06.2010, Seite 6	
„Bildungshoheit bleibt bestehen“	17
Stuttgarter Zeitung - Stadtausgabe vom 10.06.2010, Seite 22	
Gebührenfreie Bildung gefordert	18
Süddeutsche Zeitung vom 10.06.2010, Seite 43	
Kaviar für Ingenieure	19

Universität Konstanz

Quelle	Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.06.2010
Seite	8
Nummer	131
Ressort	Politik
Seitentitel	Bildungswelten

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die harte Arbeit am kleinen Paradies

Das Zukunftskolleg ist ein zentraler Teil des Förderkonzepts der Universität Konstanz. Das Ziel ist, in der Exzellenzinitiative zu reüssieren. Sollte das nicht gelingen, hat die Hochschule ein Problem.

Von Heike Schmoll

Zu den Überraschungen der Exzellenzinitiative hat die Kür der Universität Konstanz gezählt. Die 1966 von den Gründervätern als Reformuniversität für zunächst 3000 Studenten geplante, dann für 6000 gebaute Hochschule ist inzwischen mit knapp 10 000 Studenten (davon 6000 aus Baden-Württemberg und der Konstanzer Region) und 175 Professoren heillos überfüllt. Sie ist die kleinste und jüngste unter den Eliteuniversitäten. Ohne ihre längst bekannte Forschungsstärke, ihre Kreativität und ihren früheren Rektor, den Germanisten Gerhart von Graevenitz, hätte sie das nicht geschafft. Da sind sich alle Konstanzer einig, die den Exzellenzanspruch formuliert haben. Denn die Kontinuität und Verlässlichkeit des Rektors sowie sein Auftreten gehören zu den wesentlichen Kriterien bei der dritten, die gesamte Universität betreffenden Förderlinie.

Es ist außergewöhnlich, dass hier eine Universität reüssiert, die ohne eine einzige außeruniversitäre Forschungseinrichtung auskommen muss. Ihr Exzellenzcluster "Kulturelle Grundlagen von Integration", wesentlich von dem Historiker Rudolf Schlögl, der Anglistin und Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann, dem Soziologen Bernhard Giesen und dem Literaturwissenschaftler Albrecht Koschorke konzipiert, war schon im Jahre 2006 bewilligt worden - es war als rein geisteswissenschaftliches Cluster ein Solitär. Dabei hatten die Konstanzer den seltenen Mut, ihren Antrag auf Deutsch zu schreiben und auf Deutsch zu verteidigen, was bei aller Englisch-Begeisterung auf dem Campus überrascht. Ein Jahr später konnten sich auch die Anträge zum Zukunftskonzept "Modell Konstanz - Towards a Culture of Creativity" sowie zur Graduiertenschule "Chemical Biology" durch-

setzen. Im kommenden Jahr gilt es, die zweite Runde der Exzellenzinitiative vorzubereiten.

Der seit Oktober amtierende 42 Jahre alte Rektor Ulrich Rüdiger muss damit bald beginnen - die Fortschreibung der Anträge läuft schon. Rüdiger ist Physiker und hat den Wechsel von der Wissenschaft ins Wissenschaftsmanagement noch früher, aber ebenso bewusst vollzogen wie sein Vorgänger von Graevenitz, der in der Gruppe Poetik und Hermeneutik mitgearbeitet hatte und Sprecher eines Sonderforschungsbereichs war. Wenn die Gelder der Exzellenzinitiative nicht weiter fließen, bricht seinem Nachfolger mit einem Mal ein Drittel des Gesamthaushalts weg. Das Gesamtbudget lag im Jahr 2008 bei 132,819 Millionen Euro. Der Drittmittellanteil ist hoch: Konstanz hat vier Sonderforschungsbereiche, fünf Forschergruppen und drei Forschungszentren; vier Graduiertenkollegs, fünf EU-Projekte mit Konsortialführung in Konstanz und 13 Forschungsinitiativen. Sechsmal haben Wissenschaftler der Universität den Leibniz-Preis bekommen. Er ist mit bis zu 2,5 Millionen Euro der höchstdotierte deutsche Förderpreis.

Für die nicht an der Exzellenzinitiative beteiligten Studenten brachte der Geldsegen beim gegenwärtigen Zustand der Lehre nur Nachteile: Die renommierten Köpfe etwa des Clusters zogen sich - wer könnte es ihnen missgönnen - nach der Antrags-Sklaverei für zwei Semester oder mehr zur Forschung zurück und wurden durch Kollegen vertreten. Auf dem Universitätscampus ließen sie sich so wenig wie möglich sehen, weil der Lehrstuhl jede Menge lästige Verwaltungsarbeit bereithielt. Sie arbeiteten zu Hause oder - im Sinne des interdisziplinären Gesprächs - an einem der lauschigsten Orte an der schweizerisch-

deutschen Grenze: in der Seeburg in Kreuzlingen, einem direkt am See gelegenen Schlösschen, das von einem weitläufigen Park umgeben ist.

In Turmzimmern mit Erkern und ächzenden Dielen - allerdings auch ohne Schallschutz - arbeiten die sogenannten Fellows des Clusters, junge auswärtige Wissenschaftler, Konstanzer, viele Osteuropäer. In den Sitzungen des Clusters tragen sie ihre Forschungsprojekte vor; diskutiert wird auf Englisch oder Deutsch. Der Historiker Schlögl sorgt dafür, dass die Sitzungen des Clusters keine geschlossenen Veranstaltungen sind. Je nach Thema finden sich auch andere Mitglieder der Universität ein, diskutieren mit, fragen kritisch nach. Akademischen Streit gibt es selten. Dazu trägt auch eine rhetorische Ritualisierung bei, die mit einer Demutsfloskel des Vortragenden beginnt: "Das ist ein Werkstattbericht eines keineswegs abgeschlossenen Projekts", heißt es etwa, und wie unfertig das sei, werde jeder Zuhörer merken. Wagt es dann doch einer, kritisch nachzufragen, antwortet der Redner zum Beispiel: "Darüber muss ich nachdenken." Das sei der Schweizer Einfluss, sagen die Kenner. Dort sei nichts verpönter als der offene sachliche Angriff, den sich nur einige der alteingesessenen Granden leisten dürften.

Die Weite der Forschungsthemen des Clusters ist bemerkenswert - Anlaufschwierigkeiten gab es nicht, auch wenn es nicht immer einfach ist, die geeigneten Fellows nach Konstanz zu bekommen. Die Stadt Kreuzlingen, die der Universität das Seeschlösschen günstig vermietet hat, erwartet vom Exzellenzcluster ganz Praktisches: die Lösung eines Integrationsproblems. Sie ist nicht die einzige Schweizer Stadt, die mit einer bestimmten Gruppe von Migranten besondere Schwierigkeiten hat, mit

den eingewanderten Deutschen nämlich, die beim besten Willen nicht zu integrieren seien. Man darf gespannt sein, welche Vorschläge das Cluster den Kreuzlingern unterbreitet, mit denen es etwa in der Lehrerbildung an der PH Kreuzlingen oder dem Biotechnologie Institut Thurgau eine intensive Zusammenarbeit gibt.

Da es an der Universität Konstanz von Anfang an Fachbereiche und keine Fakultäten im üblichen Sinne gab, hatte sie es leichter als andere Hochschulen, sich über Fachgrenzen hinweg zur Zusammenarbeit in der Exzellenzinitiative zusammenzurufen. Dass auch auf dem Gießberg - so nennt sich die Anhöhe, auf der die Campus-Universität liegt - Kollegenneid und Konkurrenz nicht auszurotten sind, versteht sich dabei von selbst. Zum ganzen Stolz der Universität gehören das "Welcome Center", das bei der Wohnungssuche und allen praktischen Angelegenheiten hilft, der Kindergarten "Knirps und Co" sowie eine Werkstatt, die etwa Röhrchen und Glasbehältnisse wiederherstellt, die in chemischen Labors zu Bruch gegangen sind, und so nicht nur enorme Kosten spart, sondern auch eine einzigartige Verbindung von Handwerksausbildung und Campus-Struktur schafft.

Inzwischen ist auch das sogenannte Zukunftskolleg in einen eigenen Betonbau auf dem Campus gezogen, der bei aller Kommunikationsförderung und allen Vorteilen einer Campus-Struktur zu den großen architektonischen Sünden der siebziger Jahre zählt. Wer von der Blumeninsel Mainau unter den alten Bäumen zum Betongebirge am Wiesenhang hinüberblickt, hat die Spannung zwischen Campus und Umgebung vor Augen. Ohne das Konjunkturpaket würden vielleicht noch heute die Auffangbeimer in der 24 Stunden geöffneten Bibliothek stehen, deren Dach nicht mehr dicht war. Das Zukunftskolleg ist einer der Hauptpfeiler im Zukunftskonzept der Universität Konstanz zur Förderung der Spitzenforschung im Rahmen der Exzellenzinitiative von Bund und Ländern. Es dürfte eine in Deutschland und darüber hinaus einzigartige Einrichtung sein. Hervorgegangen ist es aus dem Zentrum für den wissenschaftlichen Nachwuchs an der Universität. Sein Aufbau folgt dem Vorbild des Wissenschaftskollegs in Berlin, anders als dieses ist es aber nicht für arrivierte Forscher, sondern für junge Nachwuchswissenschaftler nach der Promotion gedacht, die sich zweimal jährlich für

fünf Jahre bewerben können, um ein eigenes Forschungsprojekt zu beginnen und Nachwuchsgruppen aufzubauen. Das Kolleg setzt sich aus Vollmitgliedern (Fellows) und deren Mitarbeitern zusammen, aus internationalen Gastwissenschaftlern (Senior Fellows) und Doktoranden (Doctoral Fellows). Die Grundidee des Zukunftskollegs war es, junge Forscher selbständig und mit eigenen Mitteln arbeiten zu lassen, ohne sie zu isolieren. Alle Fellows des Zukunftskollegs sind zugleich Mitglied ihres jeweiligen Fachbereichs. Am sogenannten Jour fixe, der einmal in der Woche stattfindet, stellen die Fellows ihr Forschungsprojekt zur Diskussion. Darin liegt eine einzigartige Chance und zugleich die größte Schwierigkeit. Interdisziplinarität setzt gefestigte Disziplinarität voraus.

Nicht alle Doktoranden haben die Systematik ihres Faches so durchdrungen, dass interdisziplinäre Gespräche fruchtbar sein können, zumal sie im Zukunftskolleg auf Englisch stattfinden. Für die Naturwissenschaftler ist das eine Selbstverständlichkeit, zumal ihnen ein relativ technisches Englisch genügt. Sie sind im Zukunftskolleg in der Überzahl: 15 Prozent der Nachwuchsforscher kommen aus der Biologie, 13 Prozent aus der Chemie, zehn Prozent aus der Physik, fünf aus der Informatik und 15 aus der in Konstanz stark empirisch orientierten Psychologie. Hinzu kommen drei Prozent aus Geschichte und Soziologie, zehn Prozent aus den Literaturwissenschaften, 13 Prozent aus der Philosophie und acht Prozent aus der Sprachwissenschaft. Für die Geisteswissenschaftler ist die englische Diskussion schwieriger, weil es häufig auf präzise Formulierungen ankommt. Die meisten der Fellows verfügen allerdings über die Fähigkeit, anderen fachfremden Zuhörern eine Vorstellung von ihrer Forschung zu vermitteln.

Als belastend empfinden die meisten Nachwuchswissenschaftler, dass sie in den ersten 18 Monaten die Drittmittel für ihr Forschungsprojekt eingeworben haben müssen, andernfalls endet ihr Vertrag. Bei erfolgreicher Einwerbung können sie weitere dreieinhalb Jahre bleiben. Viele verweisen darauf, dass die Annahmequoten der Deutschen Forschungsgemeinschaft für Nachwuchsförderprojekte bei 35 Prozent im Durchschnitt der Disziplinen liegen. "In der Zeit, die ich für den Antrag gebraucht habe, hätte ich zwei Artikel schreiben können. Die fehlen mir jetzt", klagte

einer der Nachwuchswissenschaftler vor kurzem bei einer universitätseigenen Evaluation.

Bei den Nachwuchswissenschaftlern handelt es sich um eine getriebene Generation, die von Anfang an auf Durchsetzung und Erfolg, das heißt: möglichst auf eine Berufung oder eine Juniorprofessur setzt. Viele reisen von Kolloquium zu Kolloquium, um sich - neudeutsch ausgedrückt - "zu vernetzen". Nicht wenige zerreißen sich dabei zwischen Nachwuchsgruppenbetreuung, eigener Forschung und Außenrepräsentation. Ein Spaziergang ist das Zukunftskolleg nicht, aber ein außerordentlich wirksames Instrument zur Karriereförderung - wie der Werdegang früherer Absolventen zeigt. Am 23. Juni wird es offiziell eröffnet. Der gemeinsame Bau mit den Büros der Fellows soll die Intensität der Gespräche fördern. Der neue Direktor des Kollegs, der Zoologe und Neurobiologe Giovanni Galizia, will schon bald durch Klausuren eine Intensivierung des Diskurses erreichen. "Wir wollen die guten jungen Forscher darin unterstützen, zu starken Wissenschaftlern zu werden", sagt er. Kommunikation und Kreativität gehören auch zu den Grundprinzipien der Konstanzer Universität, die dem Zukunftskolleg so manches Privileg durchaus neidet und zuweilen einen scheelen Blick auf die Hochglanzprospekte wirft.

1965 entwickelte der Gründungsausschuss der Universität unter Mitarbeit des Soziologen Ralf Dahrendorf das Konzept einer Reformuniversität mit neuen Formen von Studium, Lehre und Forschung. An die Stelle von Instituten traten Fachbereiche als Einheit von Forschung und Lehre; eine zentrale Verwaltung, zentrale Einrichtungen für Technik, Rechnerbetrieb und Sprachausbildung sowie neuartige Formen der Selbstverwaltung lösten die Strukturen traditioneller Universitäten ab. Als der Studienbetrieb 1966 begann, richteten sich wenige Pioniere mit dem alemannischen Gründungsrektor Gerhard Hess im Inselhotel, einem mittelalterlichen Dominikanerkloster in der Altstadt, ein. Sie saßen in den Zellen über dem Kreuzgang, die Studenten im Kirschenschiff zwischen Regalen der Universitätsbibliothek. Forschung und Lehre begannen also, wo einst Heinrich Seuse, der Mystiker, gelebt und gearbeitet hatte. Heute tagt im Inselhotel der Rotary Club, von dem der in der Gründungsphase in Konstanz lehrende Histo-

riker Arno Borst schrieb, dass seine Mitglieder "vom Golfspiel und Segelsport mehr hielten als von ernsthaften, womöglich folgenreichen Gesprächen". Er verließ den Club, als dieser nicht davon abließ, die Vorträge als "unterhaltsame Beigabe" zum Dessert hinzunehmen. Der heutige Campus entstand in einzelnen Bauabschnitten von 1967 an.

Es kam auf das Geschick des Rektors an, in der Landeshauptstadt Stuttgart für Konstanz Freiräume zu erkämpfen, von denen andere baden-württembergische Universitäten nur träumen konnten. Rektor von Graevenitz gelang es jedenfalls mit beharrlich-konzilianter Diplomatie, dem Land so manche Sonderregelung abzurufen. Zu den wenigen Ausnahmeerscheinungen unter den baden-württembergischen Universitäten gehört der Konstanzer Universitätsrat, der nur aus renommierten externen und vielbeschäftigten Mitgliedern besteht. Die Befürchtung, dass das Rektorat es dadurch leichter haben könnte, den Informationsfluss zu kanalisieren, ist nicht von der Hand zu weisen. Der neue Rektor verneint das und will einseitige Informationspolitik dadurch ausschließen, dass sich das Gremium vor jeder Sitzung mit einer anderen Gruppe der Universität trifft und die Studiendekane immerhin ein Vorschlagsrecht für die Mitglieder des Universitätsrats haben. Das Grundübel liegt allerdings nicht in Konstanz, sondern im baden-württembergischen Hochschulgesetz, das zentrale Entscheidungen in universitäts-

fremde Gremien verlagert hat. Der Universitätsrat wählt den Rektor und entscheidet über die fachliche Ausrichtung jedes Lehrstuhls in allen Fächern. Dem Senat bleibt nur noch ein Vetorecht. Wenn die Mitglieder des Universitätsrats für nur zwei Tage zusammenkommen und in ihren Entscheidungen nur das berücksichtigen können, was ihnen von interessierten und machtbewussten Informanten mitgeteilt wurde, könnten aus Hochschulen leicht "Flachschulen" werden, befürchten einige Kritiker.

Insgesamt 60 Prozent der Professuren sind in den vergangenen zehn Jahren neu besetzt worden, häufig mit jungen, herausragenden Nachwuchswissenschaftlern, was viele Vorteile hat, aber auch den entscheidenden Nachteil, dass es meist nicht lange dauert, bis die hoffnungsvollen Jungakademiker einen Ruf erhalten und die in vieler Hinsicht paradiesischen Zustände in Konstanz verlassen, weil Berlin oder eine andere attraktive Stadt lockt - selbst wenn die Ausstattung dort gelegentlich schlechter sein sollte. Da es praktisch keine Parallelprofessuren gibt, kann sich Konstanz Fehlerberufungen noch weniger leisten als andere Hochschulen. Wer im Dreiländereck in Konstanz lebt, hat zwar gewaltige Lebenshaltungskosten zu tragen und hohe Mieten zu bezahlen - von Seegrundstücken kann der normale Professor nur träumen -, aber auch eine Umgebung, die nahezu sämtliche Wasser- und Bergsportarten, ein hervorragend ausgebautes Netz an Fahrradwegen und einen unvergleichlich hohen Freizeitwert bie-

tet, vom universitätseigenen Sportgelände mit eigenen Kajaks ganz zu schweigen. Er wird auch so manche Skurrilität erleben, denn der Bodensee ist das Reich der Esoterik. Kurz nach einer Buchbestellung bei einem der nahe gelegenen Antiquariate wurde eigens noch einmal nachgefragt, ob es dem Besteller auch wirklich ernst sei mit diesem Titel. Die Bodensee-Bewohner orderten meist Esoterik oder Schundromane.

Der Bewohner dieses Fleckens Erde wird allerdings auch auf eine alteingesessene Konstanzer Bevölkerung treffen, die sich relativ wenig für das interessiert, was da oben auf dem Gießberg vor sich geht, die es "Reingeschmeckten" schwermacht, ein Teil von ihr zu werden, weil etwa die Narrenzünfte als sozialer Nukleus nur für "Eingeborene" zugänglich sind. Die soziale Kontrolle in der kleinen Stadt ist darüber hinaus immens, der Hang zu Ordnung und Sauberkeit so ausgeprägt, dass zu befürchten ist, der badische Ort am See sei von den nahe gelegenen schwäbischen Gebieten infiziert worden.

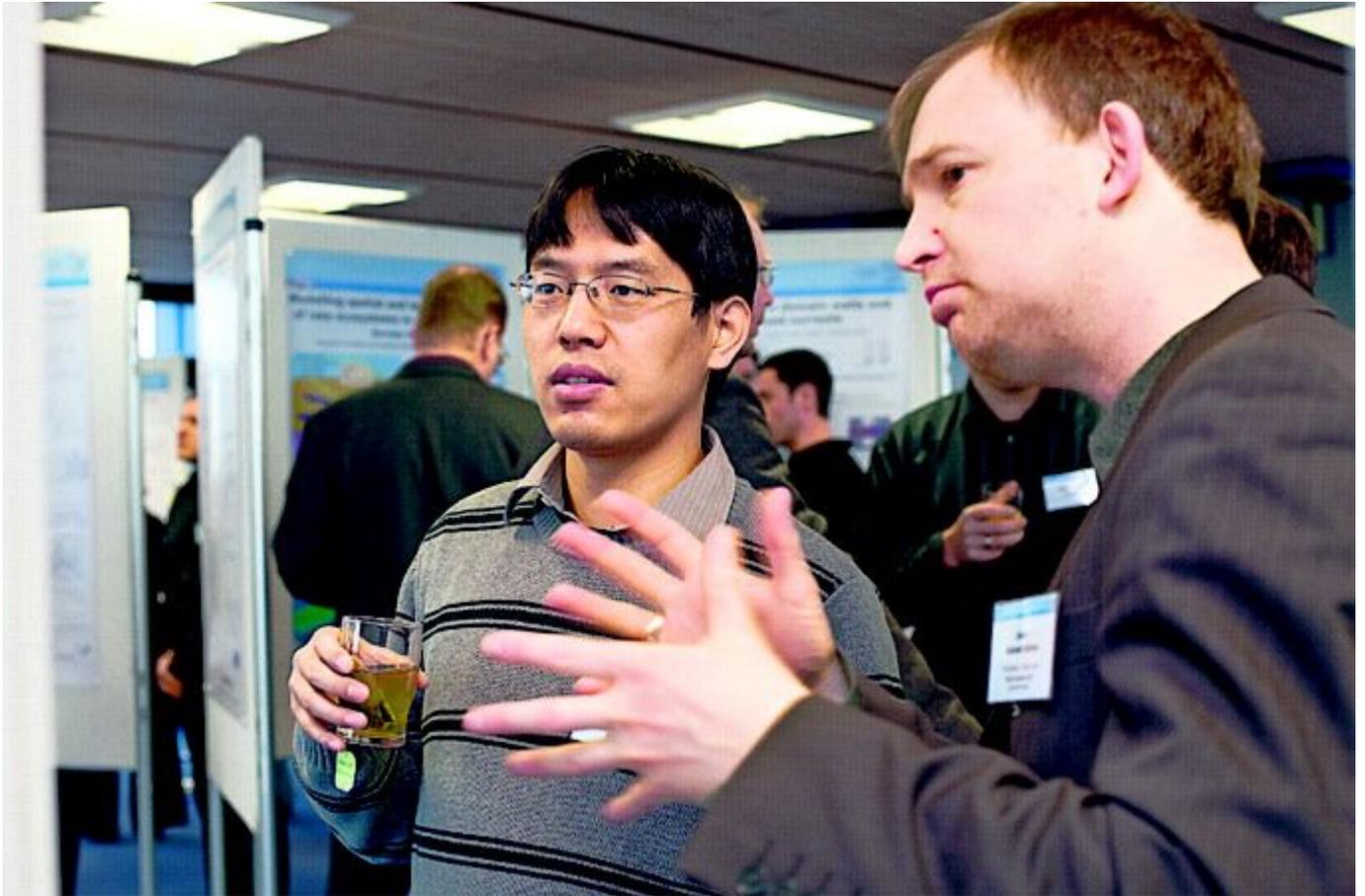
Die Universität ist dennoch eine der kleinen und feinen - aber nicht im hierarchisch-aristokratischen Sinne, sondern im wissenschaftlichen. Es ist nur zu wünschen, dass sie auch weiterhin den Mut hat, ihre spezifischen Stärken zu pflegen und sich nicht von der allgemeinen Exzellenzhysterie anstecken zu lassen.

Abbildung Naturnah geplant und eine Bausünde der siebziger Jahre - der Campus der Universität Konstanz.

Abbildung Foto dpa.

Abbildung Fellows des Zukunftskollegs erläutern ihre Forschungsprojekte.

Abbildung Foto Michael Latz



Quelle Südkurier vom 10.06.2010
 Seite 0
 Ausgabe Stockach
 Ressort Regional
 Quellrubrik Stockach

SÜDKURIER
 UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG www.skoj.de

Große Pläne mit Zwergenteilchen

Neues Zentrum für Nano- Technologie am Bodensee Mittelstand soll stärker von Forschung profitieren Singener Gymnasium mit eigenem Labor dabei

Konstanz - Große Unterstützung für die Winzlinge der Nanotechnologie: Vertreter aus Wissenschaft, Lehre und Wirtschaft gründen das "Nano-Zentrum Euregio Bodensee" (NEB) in Form eines gemeinnützigen Vereins. Seine Mitglieder wollen die Ergebnisse der Nano-Forschung in die mittelständische Wirtschaft tragen und die Bedürfnisse der Betriebe in die Labore. Die Hoffnungen einiger Industriezweige liegen auf der Nanotechnologie.

Es geht bei ihr nicht nur um die starke Verkleinerung bekannter Stoffe, sondern auch um grundlegend neue Materialien mit neuen Eigenschaften. Denn im Nanoformat (ein Nanometer entspricht dem Millionsten Teil eines Millimeters) verändern Partikel ihre physikalischen und chemischen Eigenschaften: Gold beispielsweise wird rot. "Im Allerkleinsten liegt die Möglichkeit, eine Vielzahl neuer Effekte zu finden", sagt der Konstanzer Physikprofessor Günter

Schatz, Geschäftsführer des Nanozentrums. Die Nanotechnologie birgt allerdings auch Risiken (siehe unten).

Der frühere Landrat Robert Maus hatte als Vertreter des Bodenseerats den Aufbau des Vereins Nanozentrums initiiert. Er hatte dabei die Förderung der Wirtschaft im Blick. Die neue Technik passe in die Region, die weniger von der Industrie - denn von der Kopfarbeit lebe, sagte Maus. "Wir haben hier keine rauchenden Schloten, aber rauchende Köpfe." Maus betont, das Zentrum wolle grenzüberschreitend im Dreiländereck arbeiten. Er bedauerte im Gespräch mit dieser Zeitung, dass die Universität St. Gallen die Vereinsgründung in Konstanz nicht unterstützt habe. Das Zentrum strebe aber eine Kooperation mit dem Verein für Mikro- und Nanotechnologie in St. Gallen und dem Industriearbeitskreis Nano der Wirtschaftskammern an. Weitere Partner sind das Zentrum für angewandte Photo-

nik in Konstanz und die Steinbeis-Stiftung in Stuttgart. Sie stellt Gelder für den Start des Vereins zur Verfügung. Johann Löhn, Präsident der Berliner Steinbeis-Universität, unterstützt die Neugründung persönlich: Er hat den Posten des Vorsitzenden übernommen. Stellvertreter ist Ulrich Rüdiger, Rektor der Universität Konstanz. Und sogar eine Schule ist mit von der Partie: das Friedrich-Wöhler-Gymnasium Singen mit seinem naturwissenschaftlichen Kompetenzzentrum.

Bildunterschrift: Sie setzen auf die Nanotechnologie: Günter Schatz (2. von links), Geschäftsführer des neuen Nanozentrums Euregio Bodensee, zeigt den Gründungsmitgliedern Robert Maus, Gerd Springe, Bernhard Hoch und Horst Scheu (von links) ein Nano-Experiment im Physiklabor. Bild: Rindt

Quelle Südkurier vom 10.06.2010
 Seite 0
 Ausgabe Stockach
 Ressort Regional
 Quellrubrik Stockach

SÜDKURIER
 UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG www.skoj.de

Neue Technologie birgt große Chancen und ungeklärte Risiken

1 Was versteckt sich hinter dem Begriff Nano? Nano ist von "Nanos" abgeleitet, dem griechischen Wort für Zwerg. Ein Nanometer bezeichnet den milliardsten Teil eines Meters. Ein Millimeter hat also eine Million Nanometer, ein Bakterium ist etwa gerade einmal 500 Nanometer groß. Die Welt der Winzlinge wurde erst vor 25 Jahren mit der Erfindung des Rastertunnelmikroskops sichtbar.

2 Was macht den Nano-Bereich für die Wissenschaft so interessant? Die Hoffnungen der Forscher liegen vor allem auf dem Nano-Effekt. Denn im Nano-Format verändern Partikel ihre physikalischen und chemischen Eigenschaften: Gold beispielsweise wird rot und das üblicherweise weiße Titandioxid durchsichtig. Es wird für transparente Sonnencremes eingesetzt. Zur Nanotechnologie forschen unter anderem Physiker, Chemiker, Biologen, Materialwissenschaftler und Mediziner.

3 Wofür lassen sich Partikel in Nano-Größe nutzen? Es sind schon Nano-Beschichtungen auf dem Markt, die Wasser, Bakterien und Schmutz abweisen. Nano-Strukturen wecken auch

Hoffnungen auf eine neue Generation von Solarzellen, die ähnlich wie Pflanzen bei der Fotosynthese aus Farbmolekülen Energie gewinnen können. Auch die Lebensmittelindustrie experimentiert mit Nano-Materialien. Es gibt Versuche, durch die Nanotechnologie den Nährwert und die Haltbarkeit zu erhöhen oder die industrielle Verarbeitung zu erleichtern.

4 Birgt die Nanotechnologie auch Risiken? Den Chancen der neuen Technologie stehen ungeklärte Risiken durch synthetische Nanostoffe für Mensch und Umwelt gegenüber. Nach dem derzeitigen Stand der Wissenschaft gelten vor allem ungebundene Nanopartikel als kritisch. Sie können wie Feinstaub tief in die Lunge eindringen und auch in den Blutkreislauf gelangen. Auch über die Haut können die Partikel in den Körper eindringen. Eine systematische Risikoanalyse fehlt, ebenso eine Kennzeichnungspflicht.

5 Wer beteiligt sich am Nano-Zentrum Euregio Bodensee? Das neue Nanozentrum wurde in Form eines gemeinnützigen Vereins gegründet. Gründungsmitglieder sind: Die Steinbeis-Stiftung

Stuttgart, die Universität Konstanz, die Konstanzer Hochschule für Technik, Wirtschaft und Gestaltung (HTWG), die Handwerkskammer Konstanz, die Industrie- und Handelskammern Konstanz, Hochrhein-Bodensee sowie Oberschwaben, das Standortmarketing Singen aktiv, der Bodenseerat und das Singener Friedrich-Wöhler-Gymnasium. Diese Schule ist im Boot, weil sie ein naturwissenschaftliches Kompetenzzentrum mit Laborräumen hat, die auch andere Klassen aus anderen Schulen für ungewöhnliche Experimente nutzen können. Die Universität Konstanz hat lange Erfahrungen in Sachen Nanotechnologie. Schon 1993 gründete sie dazu einen Sonderforschungsbereich.

6 Welche Ziele hat sich das Nano-Zentrum gesteckt? Der Transfer von Forschungsergebnissen aus der Nanotechnologie in die Wirtschaft soll beschleunigt werden. Auch sollen Partnerschaften zwischen Forschern und Unternehmen für bestimmte Fragestellungen initiiert werden. Es sollen dazu Fachleute ausgebildet werden.

Claudia Rindt

Quelle Süddeutsche Zeitung vom 10.06.2010
Seite 44
Ressort Beilage
Urheberinfo SZdigital: Alle Rechte vorbehalten - Süddeutsche Zeitung GmbH, München

Süddeutsche Zeitung
MÜNCHNER NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

Studienbeginn

Finance. "Management & Financial Markets for Professionals" heißt ein neuer, berufsbegleitender Bachelor an der Frankfurt School of Finance & Management. Der Studiengang richtet sich an Berufstätige in Banking und Finance, die bereits einen Abschluss als Bankbetriebswirt oder einen äquivalenten Abschluss nachweisen können. Das Studium startet Anfang September. Tel. 069-154008227, www.frankfurt-school.de/bmm

Frühpädagogik. Die Universität Konstanz startet im Jahr 2011 einen neuen Master in Frühpädagogik. Absolventen des Studiengangs "Frühe Kindheit" sollen später Betreuer von Kleinkindern ausbilden. Die Uni hat das Programm gemeinsam mit der Pädagogischen Hochschule Thurgau in der Schweiz entwickelt. Vorausgesetzt werden ein Bachelor-Abschluss und Praxiserfahrung. Tel. 07531-883596, www.uni-konstanz.de

Sicherheitsmanagement. In Saarbrücken gibt es einen neuen Master für Sicherheitsfachleute. Die Ausbildung an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes dauert vier Semester und startet im kommenden September. Vorausgesetzt werden mindestens zwei Jahre Berufserfahrung. Die Gebühren belaufen sich auf insgesamt 7500

beziehungsweise 9100 Euro. Die Bewerbungsfrist läuft bis zum 15. August. Tel. 0681-58670, www.htw-saarland.de

Elektrotechnik. Die Fachhochschule Südwestfalen hat ein neues duales Studium für angehende IT-Fachleute im Angebot. In vier Jahren absolvieren Studenten dabei eine Ausbildung zum Fachinformatiker und machen parallel einen Bachelor in Elektrotechnik. Ausbildungsorte sind Meschede und Paderborn. Interessenten müssen sich bei Siemens, dem Partnerunternehmen der Hochschule, um eine Lehrstelle bewerben. Tel. 0291-9910124, www.fh-swf.de

Augenoptik. Ein neues duales Studium für angehende Augenoptiker bietet die Hochschule München ab Herbst an. Hochschulabsolventen absolvieren dabei eine Berufsausbildung parallel zum Studium. Nach fünf Semestern legen sie die Gesellenprüfung ab und erhalten nach sieben Semestern zusätzlich einen Bachelor. Bewerber müssen einen Ausbildungs- oder Praktikumsvertrag vorweisen können. Tel. 089-12651602, www.hm.edu/fk06

Bauingenieurwesen. Für angehende Bauingenieure gibt es ein neues duales Studienangebot. In viereinhalb Jahren machen sie einen Bachelor und absolvieren nebenher eine Berufsausbildung.

Das teilt die Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel mit, die das Studium ab kommenden Herbst auf ihrem Campus im niedersächsischen Suderburg anbietet. Bewerber müssen einen Ausbildungsvertrag in der Tasche haben. Tel. 05826-98815810, www.ostfalia.de

Neurowissenschaft. "Psychology and Cognitive Neuroscience" heißt ein zweijähriger englischsprachiger Master-Studiengang, der im Herbst an der Universität Oldenburg startet. Er bildet zum einen die Basis für die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses in kognitiven Neurowissenschaften. Zum anderen bietet er ein praxisorientiertes Studium der klinischen Neuropsychologie. Tel. 0441-7984271, www.uni-oldenburg.de

Ökonomie. An der Universität Witten/Herdecke gibt es einen neuen interdisziplinären Wirtschaftsstudiengang. In "Philosophie, Politik und Ökonomie" geht es um die Wechselbeziehungen zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Das gebührenpflichtige Studium lässt sich wahlweise in sechs oder acht Semestern absolvieren und schließt mit dem Bachelor ab. Tel. 02302-926-560, www.uwh.de/wbp

SZ

Weitere Berichterstattung

Quelle	Süddeutsche Zeitung vom 10.06.2010
Seite	44
Ressort	Beilage
Urheberinfo	SZdigital: Alle Rechte vorbehalten - Süddeutsche Zeitung GmbH, München

Süddeutsche Zeitung
MÜNCHNER NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

Das Studium geht in die Verlängerung

Nach massiver Kritik an zu straffen Programmen rudern die Hochschulen zurück. Jetzt darf man wieder acht Semester studieren

Mehr Zeit für den Bachelor - so lautete eine der wichtigsten Forderungen der Studentenproteste im letzten Herbst. Einige Hochschulen haben inzwischen reagiert und die bisher sechssemestrigen Studiengänge auf sieben bis acht Semester umgestellt. Das senkt den Prüfungsdruck und könnte zur Regel werden, meint Christian Berthold von der CHE Consult GmbH, einer Ausgründung des gemeinnützigen Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) in Gütersloh.

SZ: *Widerspricht ein längerer Bachelor nicht dem Ziel der Bologna-Reform, die das Studium verschlanken sollte?*

Berthold: Gar nicht. Es hat sich gezeigt, dass sechs Semester zu knapp kalkuliert sind, wenn die Studenten auch Auslands- und Praxissemester absolvieren sollen. Es bleibt dann zu wenig Zeit, um die Theorie zu vermitteln. Insofern begrüße ich, dass Hochschulen längere Bachelor-Programme einführen. Das ist auch international weit verbreitet. In Amerika beispielsweise gibt es Vorbehalte gegenüber dem nur dreijährigen Bachelor aus Deutschland.

SZ: *Sind längere Bachelor-Programme automatisch besser?*

Berthold: Die Chance auf mehr inhaltliche Tiefe und weniger Prüfungsdruck ist bei längeren Studienzeiten größer. Ob das im Einzelfall vernünftig umgesetzt wird, muss man sich allerdings genau anschauen.

SZ: *Wie erkennt ein Student, mit wie viel Arbeit er zu rechnen hat?*

Berthold: Ein Hinweis ist die Zahl der Teilprüfungen pro Semester. Auskunft

über die Arbeitslast gibt auch ein Blick auf das Leistungspunktesystem ECTS. Ein Leistungspunkt entspricht etwa 30 Arbeitsstunden. Vergleicht man den gesamten Arbeitsaufwand eines sechssemestrigen Bachelors mit dem eines achtsemestrigen, müsste in der Summe dasselbe herauskommen. Entscheidend ist auch, wie sich der Arbeitsaufwand übers ganze Jahr verteilt. In geisteswissenschaftlichen Fächern gelingt eine gleichmäßige Verteilung oft besser. Dort schreiben die Studenten in den Semesterferien Hausarbeiten und haben seltener Klausurenblöcke am Semesterende.

SZ: *Bisher haben vor allem Fachhochschulen das Bachelorstudium verlängert. Sind sie mit ihren Korrekturen generell weiter als die Universitäten?*

Berthold: Praxissemester waren an Fachhochschulen vor der Bologna-Reform fester Bestandteil des Curriculums, in Baden-Württemberg waren es sogar zwei. Dieses Profil haben die Fachhochschulen zum Teil aufgegeben, um den Anschluss an die Universitäten nicht zu verlieren. Jetzt besinnen sie sich wieder mehr auf ihre Stärke, die Praxisnähe. Dass Fachhochschulen die Forderungen der Studenten schon besser erfüllen als Universitäten, lässt sich daher pauschal nicht sagen. An beiden Hochschultypen wird sich die Studienzzeit der meisten Bachelor-Studiengänge in einigen Jahren wohl auf sieben bis acht Semester eingependelt haben. Wobei ich nicht sage, dass das in jedem Fall besser ist. Für manche Fächer wie zum Beispiel für die Pflegeberufe, die ja auch akademisch werden sollen, eignet

sich eine Studienzzeit von sechs Semestern.

SZ: *Manche Firmen stellen ungern Bachelor-Absolventen ein. Zu Recht?*

Berthold: Das hat meist mit einer Unkenntnis der neuen Studiengänge zu tun. In vielen Bachelor-Programmen ist das Niveau wesentlich höher als früher im Diplom. Das war ja auch ein Grund für viele Klagen von Studenten. Als Unternehmen einfach zu sagen, das Studium dauert ein Jahr weniger und ist daher schlechter, ist zu kurz gedacht.

SZ: *Können Sie denn grundsätzlich empfehlen, gleich nach dem Bachelor-Studium ins Arbeitsleben zu starten?*

Berthold: Wer schon zu Studienbeginn weiß, dass er forschen will, sollte gleich auch den Master im Blick haben und nicht an eine Fachhochschule, sondern an die Universität gehen. Der Bachelor als berufsqualifizierender Abschluss ist attraktiv für den, der schnell Geld verdienen muss - weil er zum Beispiel Kinder hat und mit akademischem Abschluss auf bessere Arbeitsmarktchancen hofft. In vielen Berufen kann man später parallel zum Job noch den Master machen. Gerade im Sozialwesen ist das verbreitet. Dieses Modell entspricht sehr gut dem Gedanken des lebenslangen Lernens - schließlich können sich Anforderungen und persönliche Neigungen im Laufe eines Lebens verändern.

Interview: Nicolas Zeitler

Der Bachelor ist attraktiv für Leute, die schnell Geld verdienen wollen



Christian Berthold: "Die Fachhochschulen besinnen sich wieder mehr auf ihre Stärke, die Praxisnähe." Foto: oh

© PMG Presse-Monitor GmbH

Quelle FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND vom
10.06.2010

Seite 25

Quellrubrik Agenda



Beton in den Köpfen

Bildung

Was gute Ausbildung für ein Land wie Deutschland bedeutet, müsste inzwischen eigentlich jeder begriffen haben. Doch ein Blick auf das Verhalten der Ministerpräsidenten mehrerer großer Bundesländer weckt Zweifel. Sie sträuben sich mit Händen und Füßen gegen die Zusage, bis 2015 die Bildungsausgaben auf zehn Prozent der Wirtschaftsleistung anzuheben. Und noch mehr: Sie sträuben sich dagegen, Geld vom Bund anzunehmen, um Lücken zu stopfen, die die Wirtschaftskrise reißt. Unter dem Deckmantel der Länderautonomie wehren sie selbst sinnvolle Angebote des Bundes ab.

Dieses Verhalten ist unverantwortlich. Es gefährdet den beachtlichen Aufstieg deutscher Hochschulen im internationalen Wettbewerb, den die Exzellenzinitiative seit 2007 erreicht hat. Wenn die Länder darauf beharren, sich in Bildungsfragen vom Bund nichts vorschreiben zu lassen, gefährden sie langfristige Planungen der Universitäten. Die brauchen die Hochschulen aber, um ausgezeichnete Wissenschaftler anwerben zu

können. Mit Zweijahresstellen lassen sich Spitzenkräfte nicht abspeisen.

Sicher, die Länder stecken tatsächlich in äußerst ernstesten Finanzproblemen. Die Schuldenbremse verlangt den meisten von ihnen viel härtere Sparanstrengungen ab als dem Bund. Ihre Forderung, die Bildungsausgaben langsamer hochzufahren als geplant, ist daher nachvollziehbar. Nicht nachvollziehbar ist jedoch, dass dieselben Länder sich dagegen wehren, Berlin mehr Finanzierungs- und damit Mitspracherechte einzuräumen. Der Bund hat derzeit mehr Spielraum und könnte einspringen, um wichtige Projekte zu sichern.

Stattdessen droht die Finanzklemme unter anderem das bisher äußerst erfolgreiche Exzellenzprogramm ad absurdum zu führen. In mehreren Ländern dürfen sich aussichtsreiche Universitäten nicht einmal um diese Mittel bewerben, weil die Länder den Eigenanteil nicht stemmen können. Selbst für bestehende Exzellenzcluster und Graduiertenschulen könnte sich das schon in zwei Jahren rächen, wenn die erste För-

derrunde ausläuft. Qualifizieren sie sich nicht für die nächste Runde, ist unsicher, ob ihre Landesregierungen sie weiterfinanzieren.

Das lässt nur einen Schluss zu: Das Kooperationsverbot, das es dem Bund verbietet, den Ländern bei der Finanzierung von Bildung zu helfen, hat fatale Auswirkungen. Es wäre dringend notwendig, es abzuschaffen und die Kompetenzen von Bund und Ländern von Grund auf neu zu gestalten. Das aber wird aller Voraussicht nach daran scheitern, dass man dafür die Zustimmung ebenjener Landeschefs bräuchte, die sich bei jeder Gelegenheit gegen noch so moderate Neujustierungen der Zuständigkeiten wehren.

Den Universitäten bleibt fürs Erste nur, sich noch stärker um Drittmittel zu bemühen, um sich von öffentlichen Zuwendungen unabhängiger zu machen. Doch selbst da setzen die Landeshochschulgesetze ihnen Grenzen. Die Universitäten sind die Verlierer des föderalen Bildungsgeschachsers.

Quelle Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09.06.2010
 Seite N5
 Nummer 130
 Ressort Natur und Wissenschaft
 Seitentitel Forschung und Lehre

Frankfurter Allgemeine
 ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Tonnenideologie der Forschung

Ranking, Rating, Bibliometrie: Es gibt viele Möglichkeiten, sich bei Urteilen über wissenschaftliche Leistungen vom Lesen und von Sachkenntnis zu dispensieren. Doch das Versprechen, aus Leistungskennziffern und Ranglisten auf Qualität schließen zu können, trügt.

Von Alfred Kieser

In seiner Antrittsvorlesung "Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte?", 1789 an der Universität Jena, unterschied Friedrich Schiller zwei Typen von Gelehrten: den "Brodgelehrten" und den "philosophischen Kopf". Nur Letzterer forsche um der Erkenntnis willen. Richard Feynman, der amerikanische Physik-Nobelpreisträger, bringt die Motivation des Wissenschaftlers prosaischer auf den Punkt: "Science is like sex. Sure, it may give some practical results, but that's not why we do it." Es ist vor allem die Tätigkeit und erst in zweiter Linie der Erfolg, die den Forscher motiviert. Denn Erfolg in der Forschung ist höchst unsicher. Die meisten Wissenschaftler machen nie sensationelle Entdeckungen, veröffentlichen nie Aufsätze in absoluten Spitzenzeitschriften, schreiben nie Bücher, die Furore machen, und werden nicht zum Hauptvortrag bei internationalen Konferenzen geladen. Nur wenige heimsen Ruhm ein.

Wie aber wird Leistung in der Wissenschaft gemessen? Welche wissenschaftliche Leistung ist höher einzustufen: die Entdeckung des Penicillins durch Alexander Fleming oder die These Max Webers vom Protestantismus als Beförderer des Kapitalismus? Diese Frage ist schlicht unsinnig. Ebenso unsinnig ist die, ob ein Aufsatz im "Journal of Marketing" höher zu gewichten sei als ein Aufsatz im "Journal of Finance". Selbst innerhalb eines Fachs erweisen sich Forschungsleistungen oft als unvergleichbar. Diese Unmöglichkeit, sie in eine Rangfolge zu bringen, ist häufig die Ursache mühseligen Ringens in Berufungskommissionen. Subjektive Einschätzungen sind unvermeidlich.

In solchen Situationen greift man gerne auf quantitative Kriterien zurück, indem man etwa darauf hinweist, dass der eine Kandidat eine umfangreichere Veröffentlichungsliste vorzuweisen hat als der

andere. Häufig wird auch argumentiert, dass, wenn die Aufsätze der einen Kandidatin mit dem wissenschaftlichen Rang der jeweiligen Zeitschriften gewichtet werden, sie klar höher einzustufen ist als die anderen Bewerber.

Wenn der wissenschaftliche Rang einer Zeitschrift einfach behauptet wird, haftet einer solchen Argumentation jedoch immer noch eine subjektive Tönung an. Dieser Eindruck verschwindet jedoch aus der Diskussion, wenn alle Vertreter eines Fachs um eine Einschätzung der Bedeutung der wissenschaftlichen Zeitschriften gebeten und diese Einschätzungen dann gemittelt werden. Das Kunststück einer noch weiter gehenden "Objektivierung" hat Eugene Garfield mit seinem Impact Factor geschafft. Dieser Indikator zur Gewichtung des wissenschaftlichen Einflusses von Zeitschriften wird heute von Thomson Science, einer Division der Agentur Reuters, für eine große Zahl ausgewählter Zeitschriften verschiedener Disziplinen ermittelt und in einer Datenbank gegen Entgelt zur Verfügung gestellt: Wissenschaftsbewertung ist Big Business.

Der Impact Factor beruht auf der Annahme, dass Wissenschaftler Werke anderer Wissenschaftler vor allem deshalb zitieren, weil sie auf deren Ergebnissen aufbauen. Eine Zeitschrift, deren Aufsätze häufiger zitiert werden, würde dann einen höher zu bewertenden Beitrag zur Wissenschaft leisten und könnte eine höhere Qualität beanspruchen als eine Zeitschrift, auf deren Aufsätze Wissenschaftler weniger häufig zugreifen. Die Forschungsleistung eines Wissenschaftlers kann dann als Summe seiner mit den jeweiligen Impact Factors gewichteten Veröffentlichungen erfasst werden. Auf dieser Basis kann man dann auch ein Ranking von Wissenschaftlern erstellen und die Position einer ganzen Fakultät für ein Fakultäten-Ranking aus den Rangplätzen der in ihr

tätigen Wissenschaftler aggregieren. So geht in Deutschland das "Handelsblatt" vor, allerdings nicht auf der Basis der Impact Factors, sondern aufgrund einer Zeitschriften-Gewichtung durch Mitglieder des Verbands der Hochschullehrer für Betriebswirtschaft.

Die ersten beiden Plätze des "Handelsblatt"-Rankings für Betriebswirtschaftslehre werden von zwei Professoren der Fakultät für Betriebswirtschaftslehre der Mannheimer Universität belegt. Das ist aus Sicht eines Mannheimer Universitätsangehörigen sehr erfreulich, aber es ist gleichwohl unsinnig. Dass beide in ihren Fächern international hochrenommierte Wissenschaftler sind, kann einem jeder Insider versichern. Was die beiden jedoch forschen und was sie veröffentlichten, ist nicht vergleichbar und nicht in eine Rangfolge zu bringen. Der eine forscht zu Marketing, der andere zu Banken und Finanzierung. Die Feststellung, dass der eine Nummer eins und damit besser als die Nummer zwei ist, wäre so sinnvoll wie die, dass Tiger Woods im Vergleich mit Roger Federer der bessere Sportler ist.

Wenn aber Rankings von Wissenschaftlern unsinnig sind, dann auch auf ihnen aufbauende Rankings von Fakultäten und Universitäten. Trotz ihrer Absurdität sind Rankings von Wissenschaftlern und Wissenschaftsinstitutionen unheimlich populär. Viele Berufungskommissionen, Dekane und Universitätspräsidenten richten ihre Entscheidungen nach ihnen aus. Ihre Popularität gründet sich vor allem darauf, dass sie den Prozess der Bewertung abkürzen. Man multipliziert einfach die Aufsätze der Bewerber mit den zugehörigen Impact Factors und addiert die so ermittelten Punkte. Dazu muss man nicht einmal ein Angehöriger des betreffenden Fachs, ja nicht einmal Wissenschaftler sein. Wissenschaftler sind darum gut beraten, eine Art von Forschung zu betreiben, die sich zu Aufsätzen verarbeiten lässt, die mit großer

Wahrscheinlichkeit von hoch gerankten Zeitschriften zur Veröffentlichung angenommen werden.

Wie das Topmanagement eines diversifizierten Unternehmens weiß, welche Gewinnbeiträge die einzelnen Geschäftsbereiche bringen, wissen nun die Dekane und die Universitätsspitze, welche Fakultäten und Institute "gut am Markt ankommende" Forschung generieren, und richten ihre Entscheidungen zur Mittelausstattung oder zu Stellenbesetzungen danach aus. Die Strategie der ökonomisierten Universität zielt darauf ab, in ein optimales "Portfolio der Forschungswertschöpfung" zu investieren. Diese Strategie determiniert in einem hohen Maße die Arbeit der Wissenschaftler. Von ihnen wird erwartet zu forschen, was ihnen, ihrer Fakultät und ihrer Universität Ranking-Punkte bringt, nicht aber, was sie selbst als die Wissenschaft vorantreibende Projekte ansehen. Allerdings weisen Impact Factors einige empfindliche Begrenztheiten auf. (1) Es werden nur Veröffentlichungen in bestimmten Zeitschriften berücksichtigt. Dies sind fast nur englischsprachige, vorwiegend amerikanische Zeitschriften. (2) Buchveröffentlichungen und Beiträge in Sammelbänden werden nicht berücksichtigt. (3) Es werden auch nur Zitierungen berücksichtigt, die innerhalb von zwei Jahren nach der Publikation erfolgen. Zeitschriften zu Spezialgebieten, die in der Regel eine geringere Zirkulation aufweisen, werden benachteiligt.

Vor allem aber ist es mehr als fraglich, ob Zitierungen vorwiegend Anerkennung für die Übernahme wichtiger Ergebnisse anderer Forscher in die Forschung der sie Zitierenden zum Ausdruck bringen. Ein Forscher zitiert einen anderen Forscher nicht nur, wenn er dessen Ergebnisse übernimmt, sondern auch, wenn er ihn kritisiert, sich seiner Schule zuordnet, sich von ihm abgrenzt, durch Belesenheit zu beeindrucken versucht. Gerne zitiert er diejenigen, die generell häufig zitiert werden, denn das erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass er selbst zitiert wird. Erstaunlich ist nun, dass sich in Zeitschriften mit einem hohen Impact Factor Aufsätze finden, die nicht oder kaum zitiert werden. Dies lässt fragen, ob das System der Begutachtung von Aufsätzen so funktioniert, dass tatsächlich die besten in die renommiertesten Journale kommen.

Schon die für renommierte Zeitschriften typischen Ablehnungsquoten von mehr als neunzig Prozent der einge-

reichten Aufsätze lassen Zweifel aufkommen. Ein Großteil der eingehenden Manuskripte wird nämlich vom Haupt- oder Mitherausgeber nach erster Durchsicht in einem "desk reject"-Verfahren abgelehnt. Man darf eine nicht geringe Irrtumswahrscheinlichkeit dieser ersten, notgedrungen nicht ganz so gründlichen Siebung annehmen. Zu einer ausführlichen Beurteilung der Aufsätze, die diese Hürde nehmen, wählt der Herausgeber in der Regel zwei, mitunter auch drei oder vier Gutachter aus. Diese empfehlen Ablehnung oder Annahme des Manuskripts. Die Übereinstimmung zwischen Gutachterurteilen zu eingereichten Zeitschriftenaufsätzen ist extrem gering, was manche Autoren zu dem Schluss gelangen lässt, man könne die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung eines Manuskripts auch dem Wurf eines Würfels anvertrauen.

Auch korrelieren, wie die Forschung belegt hat, Urteile von Gutachtern über die Qualität eines Manuskriptes nur schwach mit den späteren Zitierungen. Folgerichtig stellte der amerikanische Supreme Court unlängst fest, dass von dem Umstand, dass Peer Reviews durchgeführt werden, nicht auf die Qualität der Inhalte wissenschaftlicher Zeitschriften geschlossen werden könne. Besonders aufschlussreich ist eine Studie von Peters und Ceci. Sie wählten aus zwölf angesehenen psychologischen Zeitschriften je einen Artikel der letzten Jahre aus und änderten deren Autoren- und Institutionennamen vom Hochreputierten ins Namenlose. Auch die Titel, Abstracts und Einleitungsabschnitte veränderten sie. Dann reichten sie den sonst unveränderten Aufsatz bei der gleichen Zeitschrift ein, die ihn bereits publiziert hatte. Das Ergebnis: Nur drei der zwölf Manuskripte wurden als schon publiziert erkannt, und acht der neun übrigen wurden nun abgelehnt.

In dem Experiment von Peters und Ceci hat sicher eine Rolle gespielt, dass die Autorenbezeichnungen ins "Namenlose" geändert wurden. Die Autoren der echten Einreichungen waren ausnahmslos recht bekannt. Bei in der Community bekannten Autoren aber geben sich die Herausgeber Mühe, Gutachter zu finden, die die gleichen Ansätze schätzen wie die Autoren, und sie entscheiden sich bei widersprüchlichen Gutachtern eher für eine Annahme. Neben einer Vorliebe für bestimmte Theorien und Methoden haben Gutachter noch andere Vorurteile. Sie sind vor allem konservativ, weil sie Karriere machen wollen:

vom Gutachter zum Mit- und Hauptherausgeber und zum Herausgeber noch bedeutenderer Zeitschriften, und deshalb meiden sie das Risiko, einen Aufsatz zur Annahme zu empfehlen, bei dem damit zu rechnen ist, dass er in der Scientific Community auf Ablehnung stößt. Man muss als Autor also nicht nur einen guten Aufsatz schreiben, man muss vor allem das Glück haben, dass der Herausgeber nicht nur einen, sondern zwei oder drei Gutachter auswählt, bei denen der eingereichte Aufsatz nicht Missgunst, Hochmut oder Dogmatismus weckt und die eine gewisse Sympathie für den gewählten theoretischen Ansatz haben. Nicht zuletzt wegen des äußerst schwachen Zusammenhangs zwischen Gutachterurteilen und Zitierungen eines Aufsatzes ist der Impact Factor ein schlechter Indikator der Qualität; um wie viel schlechter die Addition der mit ihm gewichteten Aufsätze eines Autors.

Das größte Problem von Rankingsystemen ist aber, dass sie das Verhalten derjenigen, die von ihnen betroffen sind, beeinflussen. Im sehr populären "Handelsblatt"-Ranking für Betriebswirtschaftsprofessoren sind die zweihundert erfolgreichsten Professoren aus deutschsprachigen Ländern gelistet. Unter diesen finden sich keine Professoren, die ihre Forschungsergebnisse vorwiegend in Monographien veröffentlichen, mögen diese auch noch so einflussreich sein. Es werden nämlich auch im "Handelsblatt"-Ranking nur Zeitschriften-Veröffentlichungen berücksichtigt. Die Folge ist, dass Wissenschaftler weniger Monographien schreiben, was ich persönlich sehr bedauerlich finde, denn als Student habe ich vor allem aus Monographien gelernt. Für deutschsprachige Zeitschriften schreiben sie, weil das keine oder nur wenige Punkte bringt, höchstens noch Zweitaufgüsse ihrer englischsprachigen Veröffentlichungen oder Zweitrangiges. Schlechter gerankte Wissenschaftler oder Institutionen verlieren Ansehen bei Studierenden, Politikern und Hochschuladministratoren. Sie erleiden Einbußen bei der Ressourcenausstattung, ihre Rankingposition verschlechtert sich eventuell weiter. Rankings wirken dann wie sich selbst erfüllende Prophezeiungen.

Außerdem verleitet das System zu Trickereien. Wissenschaftler zitieren etwa ihre eigenen Schriften noch häufiger als bisher. Auch zitieren sie mit Vorliebe Aufsätze, die in Zeitschriften mit einem hohen Impact Factor erschienen

sind. Das verleiht ihren eigenen Aufsätzen Bedeutung. Zeitschriften mit einem hohen Impact Factor haben also nicht nur deswegen ein hohes Prestige, weil sie häufig zitiert werden, sie werden auch häufig zitiert, weil sie ein hohes Prestige aufweisen. Mit dem Versprechen, dass sie den Großteil der Arbeit übernehmen, veranlassen weniger berühmte Wissenschaftler berühmtere Kollegen zu gemeinsamen Veröffentlichungen. Das erhöht nicht nur die Wahrscheinlichkeit der Annahme des resultierenden Manuskripts zur Veröffentlichung - für den Herausgeber sind die Autoren nicht anonym -, sondern auch später die des Zitiertwerdens. Wenn man früher einen Bewerber für eine Professur fragte, was seine Forschungsinteressen seien, erhielt man Antworten der folgenden Art: "Mich interessiert, wie Arbeitsgruppen funktionieren" oder "Ich erforsche, ob Anreize die Leistung erhöhen". Heute sagt er: "Ich will in A-Journals veröffentlichen." Und er weiß auch, was er dazu tun muss: eine Thematik, eine Theorie und eine Methode wählen, die im Schwange sind. Mit anderen Worten macht er genau das, was sich in der jüngeren Vergangenheit bewährt hat, halt ein bisschen anders. Am besten wiederholt er eine Untersuchung mit einer etwas leistungsfähigeren Methode. Fortschritte in der Methodik sind leichter festzustellen als Fortschritte bei den Ergebnissen. Wenn nämlich Wissenschaftler wirklich neue Befunde mitteilen, riskieren sie, dass die Gutachter ihren Aufsatz nicht mit ihnen bekannten Erkenntnissen in Verbindung bringen können und ihn ablehnen. Wenn es der Autor nicht schon von sich aus gründlich genug macht, dann sorgen Gutachter und Herausgeber dafür, dass ein eingereicherter

Aufsatz zu einem Mainstream-Aufsatz wird. Um die Gutachter bloß nicht zu vergraulen und keine negative Entscheidung zu provozieren, machen die Autoren alles, was die Gutachter vorschlagen, auch wenn sie den Eindruck haben, dass dadurch ihr Aufsatz eher schlechter als besser wird. Zu Recht spricht Bruno Frey daher von der "Prostitution der Veröffentlichung".

Und Wissenschaftler versuchen, aus ihren Forschungsprojekten so viele Aufsätze wie möglich zu pressen. Das geht so ähnlich wie bei den Kombinationsbilderbüchern, bei denen man mit jeweils einigen Streifen verschiedener Hüte, Gesichter, Bäuche und Beine ganz viele lustige Figuren erzeugen kann. Mit dieser Methode bringt es ein Betriebswirt Anfang dreißig auf 36 internationale Veröffentlichungen in drei Jahren. Herausgeber und Verlage tricksen ebenfalls: Sie drängen Autoren, möglichst viele Aufsätze zu zitieren, die in ihrer Zeitschrift erschienen sind: "We have noticed that you cite ‚Leukemia‘ only once in 42 references. Consequently, we kindly ask you to add references of articles published in ‚Leukemia‘ to your present article." Fakultäten und Universitäten beteiligen sich an den Trickereien. So drängen Dekane und Präsidenten Wissenschaftler ihrer Institutionen, in Zeitschriften zu veröffentlichen, die populären Rankings wie dem der "Financial Times" zugrunde liegen. Sie stellen gerne Bewerber ein - auch temporär als Gastwissenschaftler -, die in "high impact"-Zeitschriften veröffentlichen und viele Zitierungen versprechen, um dadurch den Rangplatz ihrer Institutionen zu verbessern. So schaffen Rankings Wirklichkeit. Sie stellen nicht Transparenz auf einem bereits existierenden "Markt" her, vielmehr generie-

ren sie einen Pseudomarkt. Profilbildung nach Maßgabe der Rankings heißt nicht, ein anderes Profil auszubilden als konkurrierende Fakultäten, sondern das gleiche Profil mit größerer Perfektion anzustreben: so zu werden wie erfolgreiche Konkurrenten, diese aber in ihrem "so sein" noch zu übertreffen.

Akteure des Systems sind Herausgeber, Gutachter und Universitätsleitungen, die alle danach streben, dass ihre Rankingpositionen sich verbessern. Und weil sie alle karriererelevante Entscheidungen fällen, wollen die Wissenschaftler genau die Punkte erringen, die im System angerechnet werden. Sie gehen nicht mehr Forschungsfragen nach, die sie im Hinblick auf den Erkenntnisgewinn für wichtig erachten, sie sammeln Punkte für Ranglisten. Sie begeben sich nicht mehr auf wissenschaftliche Entdeckungsreisen, sondern folgen den in Rankings ausgeflaggten Trampelpfaden. "Philosophische Köpfe" mutieren zu "Brodgelehrten".

Alfred Kieser lehrt Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Organisationslehre an der Universität Mannheim. Der Text ist die leicht gekürzte Fassung seiner Ende Mai gehaltenen Abschiedsvorlesung.

Es ist in der Forschung wie beim Sex: Nicht primär die Fruchtbarkeit motiviert, so schön die Ergebnisse mitunter dann auch sind.

Journale nehmen Aufsätze, die sie einst publiziert haben, nicht an, wenn man sie ihnen etwas später ohne die reputierten Autorennamen noch einmal vorlegt.

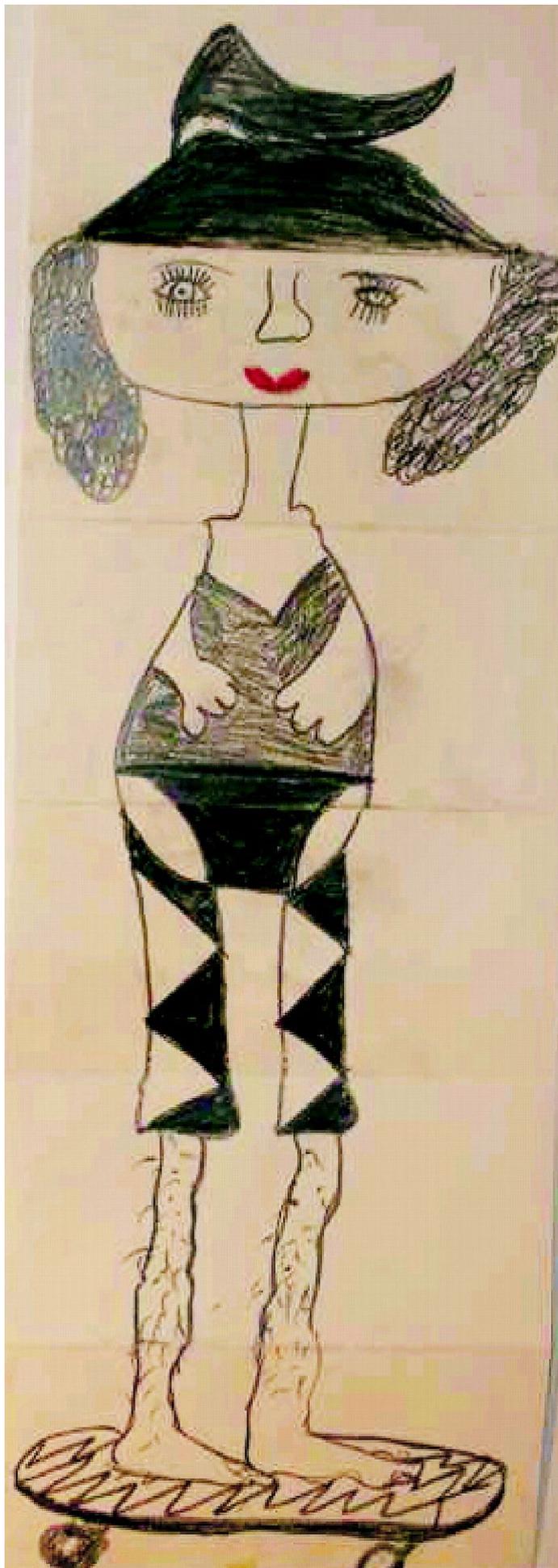
"Wenn Sie schon bei uns veröffentlichen wollen, dann zitieren Sie unser Journal gefälligst auch."

Abbildung

Vom Kombinationsbilderbuch lernen heißt Publizieren lernen: Man schneide die Erkenntnis in dünne Streifen und montiere sie zu immer neuen Texten zusammen.

Abbildung

Foto Archiv



Quelle	Stuttgarter Zeitung - Stadtausgabe vom 10.06.2010
Seite	4
Jahrgang	2010
Nummer	130
Ressort	Innenpolitik
Seitentitel	Innenpolitik



„Der Bildungsgipfel wird nicht scheitern“

Interview Investitionen in den Nachwuchs sind das beste Sparprogramm, sagt Ministerin Annette Schavan (CDU).

Frau Schavan, weshalb ist bei allen Sparanstrengungen der Bildungsetat tabu?

Die Koalition steht zu dem Ziel, zwölf Milliarden Euro mehr in diesem Bereich bis 2013 zu investieren. Wir müssen gerade jetzt in der Krise die Weichen stellen für neues Wachstum, zukünftigen Wohlstand und Generationengerechtigkeit. In diesem Bereich zu streichen, würde mehr Geld kosten, als es bringt.

Die Schülerzahlen sinken. Warum wird die demografische Rendite nicht eingespart?

Bund und Länder haben vor zwei Jahren beim Bildungsgipfel vereinbart, dass diese demografische Rendite diesmal zur dringend notwendigen Qualitätsverbesserung genutzt wird. Wir müssen in die frühkindliche Bildung investieren und die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund verbessern. Eine Vernachlässigung dieser Aufgaben käme uns teuer zu stehen. Bildung schützt vor Armut und entlastet somit letztlich auch die Sozialkassen.

Heute treffen Sie sich mit den Ländern zum Bildungsgipfel. Um das gemeinsame Ziel, bis 2015 die Ausgaben für Bildung und Forschung auf zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu steigern, fehlen 13 Milliarden. Die Länder fordern einen größeren Beitrag des Bundes. Werden Sie was drauflegen?

Wir sind auf die Länder bereits vor einem Jahr zugegangen, als wir gesagt haben, dass der Bund 40 Prozent dieser 13-Milliarden-Lücke übernimmt. Bis jetzt liegt der Anteil des Bundes nur bei etwa zehn Prozent. Ich finde, das ist ein großzügiges Angebot. Manche Länder ziehen mit. So will Baden-Württemberg eine Bildungsoffensive mit mehr als 500 Millionen Euro finanzieren und wird damit das Zehnprozentziel problemlos erreichen.

Die Länder fordern einen höheren Anteil der Umsatzsteuer. Was spricht dagegen?

Die Lage des Bundeshaushaltes.

Das kommt für Sie also nicht infrage?

Ich werde die letzten Stunden der Verhandlungen nicht über eine Zeitung führen.

Wenn wir Sie recht verstehen, können die Länder vom Bund nicht noch mehr erwarten.

Ich verstehe, dass in Zeiten wie diesen intensiv darüber verhandelt wird, wie die zusätzlichen Ausgaben geschultert werden können. Aber es ist ja nun nicht so, dass die Lage der Länderhaushalte schwierig und die Lage des Bundeshaushaltes leicht ist. Die Schuldenbremse gilt für alle. Und deshalb werden wir, was wir erreichen wollen, in dem Umfeld erreichen müssen, das wir jetzt haben.

Die Länder haben Bafög-Erhöhung und Stipendienprogramm im Bundesrat bereits blockiert. Droht der Gipfel zu scheitern?

Das wird er nicht. Wir haben in den vergangenen Jahren ein historisches Maß an Gemeinsamkeiten erreicht. Das will keiner aufs Spiel setzen. Ich verstehe die Nöte der Länder. Die Finanzminister müssen aber auch die Argumente der Bildungsminister wägen. Nicht nur gesunde Staatsfinanzen sind für die Zukunft eines Landes wichtig.

Kann man das Zehnprozentziel weiter strecken, über das Jahr 2015 hinaus?

Jeder weiß, dass die Anstrengung, etwas zu erreichen, größer ist, wenn man ein konkretes Ziel vor Augen hat. Wir haben mit einer solchen konkreten Zielvorgabe, dem Dreiprozentziel, bereits den Forschungsstandort deutlich gestärkt. Ich will, dass uns das bei der Bildung auch gelingt.

Sie wollen gestalten, nicht nur Geld verteilen. Aber das Kooperationsverbot untersagt dem Bund, den Ländern in Bildungsfragen reinzureden. Was müsste an der Föderalismusreform korrigiert werden.

Das Kooperationsverbot ist nicht not-

wendig für einen starken Föderalismus, für den ich mich uneingeschränkt einsetze. Föderale Ordnungen sind freiheitliche Ordnungen, und die Vorstellung, dass von Berlin aus 44 000 Schulen in Deutschland regiert würden, ist mir ein Graus. Das würde übrigens auch keinen Frieden in der Bildungspolitik stiften. Allerdings habe ich als Kultusministerin schon gesagt und sage es heute noch: Der Föderalismus wird nur akzeptiert, wenn er Vergleichbarkeit bei Bildungsgängen und Abschlüssen und damit Mobilität ermöglicht. Der Föderalismus darf die Globalisierung nicht ignorieren. Dieser Eindruck ist aber entstanden, und das ist ein Problem. Die Föderalismusreform ist da zu kurz gesprungen. Bund, Länder und Gemeinden müssen jedenfalls gemeinsam an einem Strang ziehen und so gemeinsam daran arbeiten, dass der Föderalismus nicht kaputtgeredet wird, weil er die berechtigten Erwartungen der Menschen nicht erfüllt.

Was wollen Sie ändern?

Ich bin realistisch genug, jetzt keine Kraft darauf zu verschwenden, bei der Föderalismusreform einen neuen Anlauf zu unternehmen. Ich setze aber schon darauf, dass künftige Debatten vom Willen zu einer möglichst intensiven Zusammenarbeit aller staatlichen Ebenen geprägt werden. Für diese Zusammenarbeit setze ich mich ein.

Noch mal zurück zum Sparpaket: viele halten es für sozial unausgewogen. Auch in Ihrer Partei ist dies zu hören . . . Wenn die Hälfte des Haushaltes aus Sozialausgaben besteht, kann es kein Sparpaket von 80 Milliarden Euro geben, ohne auch hier einzusparen. Das Paket ist sehr wohl ausgewogen: der öffentliche Dienst spart - zu Recht. Es gibt etliche Beiträge, welche die Wirtschaft zu erbringen hat. So wie das Paket geschnürt ist, halte ich es für fair. Wäre es nicht fair gewesen, den Spitzensteuersatz anzuheben, wenn man schon bei den Arbeitslosen fünf Milliar-

den kürzt?

Eine Koalition, die antritt mit dem Plan, Steuern zu senken, kann nicht ein halbes Jahr später Steuern erhöhen.

Verstehen Sie die Euphorie, die der Präsidentschaftskandidat Joachim Gauck geweckt hat?

Herr Gauck ist ein angesehener und ehrenwerter Mann. Ich verstehe aber

überhaupt nicht, wenn Sigmar Gabriel ihn gegen die Politik als solche in Stellung bringen will. Mich stört gewaltig die Art, wie hier politisches Engagement und die Lebensleistung von Politikern diskreditiert werden. Das ist nicht in Ordnung. Es spricht überhaupt nichts gegen Herrn Gauck. Ich finde es aber schräg, ihn zur Symbolfigur zu stilisie-

ren, die zeigen soll, die Ära der Politik sei vorbei. Die Demokratie und im Übrigen auch der Berufspolitiker Sigmar Gabriel wären am Ende, wenn wir dem nicht widersprechen würden.

Das Gespräch führten Joachim Dorfs, Armin Käfer und Thomas Maron.

Quelle	Stuttgarter Zeitung - Stadtausgabe vom 10.06.2010
Seite	6
Jahrgang	2010
Nummer	130
Ressort	Landespolitik
Seitentitel	Landespolitik



„Bildungshoheit bleibt bestehen“

EU-Agenda Das Land feiert als Erfolg, dass Brüssel auch künftig nicht bei Schulen und Hochschulen mitreden darf. Von Christopher Ziedler

Die Bundesländer müssen keine der neu geplanten EU-Sanktionen befürchten. Nach der Intervention des Bunderates, die von der baden-württembergischen Landesregierung initiiert worden war, wird der Rat der 27 Staats- und Regierungschefs kommende Woche nun keine verbindlichen Fortschrittsziele im Bildungsbereich festschreiben. „Wir haben uns dagegen verwahrt“, sagte Stuttgarts Europaminister Wolfgang Reinhart gestern der StZ, „dass die EU uns verwarren kann“.

Der EU-Gipfel nächste Woche in Brüssel will fünf Kernziele mit Zielmarken festlegen, um Europa aus der Wirtschaftskrise herauszuführen. Wer die Vorgaben dieser EU-2020-Strategie auf nationaler Ebene nicht einhält, soll künftig verwarnt und bestraft werden. Neben

der Beschäftigungsquote, Klimazielen, der Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie Indikatoren, die den erhofften Rückgang der Armut messen, werden auch bildungspolitische Werte vorgegeben. So soll die Quote der Schulabbrecher von 15 auf zehn Prozent sinken. Der Anteil der 30- bis 34-Jährigen, die ein Studium vorweisen können, soll von 31 auf 40 Prozent steigen. Der EU-Gipfel wird jedoch nach dem jüngsten Treffen von Europas Bildungsministern beschließen, dass die Hoheit der Länder „in vollem Umfang gewahrt bleibt“, wie es in einem internen Papier heißt.

Es ging vor allem ums Prinzip - darum, dass „keine Kompetenzverschiebung zugelassen“ wurde, wie Reinhart sagte. Denn die Zahlen sind kein Problem: Die

deutsche Schulabbrecherquote liegt bei acht Prozent. Beim Bildungsgipfel 2008 wurde vereinbart, sie bereits bis 2015 auf vier Prozent zu halbieren. Einzig die Akademikerquote bereitete den deutschen Ländern anfangs Sorge. Inzwischen jedoch ist Reinhart zufolge sichergestellt, dass auch „gleichwertige Abschlüsse“ in die Berechnung einfließen. „Der Techniker bei Bosch, der Meister oder die hochqualifizierte Krankenschwester, deren Ausbildung in anderen EU-Staaten über ein Studium läuft“, wurden nun miteinbezogen. „Der EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy hat sich uns gegenüber da sehr flexibel gezeigt“, sagte Reinhart.

Quelle	Stuttgarter Zeitung - Stadtausgabe vom 10.06.2010
Seite	22
Jahrgang	2010
Nummer	130
Ressort	Stuttgart
Seitentitel	Stuttgart



Gebührenfreie Bildung gefordert

Protest Zahlreiche Schüler, Studenten und Gruppierungen haben in vielen Städten gegen unzureichende Lernvoraussetzungen demonstriert. In Stuttgart gingen 1000 auf die Straße. Von Inge Jacobs

Kostenlose Bildung, Gemeinschaftsschulen statt eines selektiven Schulsystems, Abschaffung der Studiengebühren und des G 8 sowie mehr Geld für unterfinanzierte Hochschulen: mit diesen Forderungen sind gestern in Stuttgart rund tausend Demonstranten auf die Straße gegangen, die Veranstalter sprachen von 5000 Teilnehmern. Das waren zwar deutlich weniger als im Vorjahr. Doch der Protestzug, der in weitem Bogen vom Hauptbahnhof über Uni, Katharinenhospital und Rotebühlplatz durch die Innenstadt zog, konnte sich sehen lassen. Mit Sit-ins auf Kreuzungen sowie Sprint- und Hüpfenlagen und natürlich vielen Transparenten („Reiche Eltern für alle“) sowie Sprüchen wie „Was will ich, was willst du - das Verbot der CDU“ machten die Demonstranten auf ihre Anliegen aufmerksam. Neben zahlreichen Studierenden waren auch etliche Schüler dem Aufruf gefolgt. Für den 13-jährigen Dmitri, der mit seinem Klassenkameraden Leon das Mörikegymnasium besucht, war es die erste Demo. Die Eltern hätten die Teilnahme erlaubt, versichert Dmitri. Und der Siebtklässler nennt klare Gründe, weshalb er mitdemonstriert. „Wir wollten erfahren, wieso wir in Fächern unterrichtet werden, die uns nicht interessieren oder die wir später nicht mehr

brauchen“, sagt Dmitri. „Geometrie zum Beispiel.“ Er fügt hinzu: „Wir sind auch hier, weil wir einige Punkte auf dem Flyer nicht verstehen, zum Beispiel, ob man in der Schule wirklich fürs Leben lernt oder für die Wirtschaft.“ Und eines hält der 13-Jährige für besonders ungerecht: „Dass ärmere Kinder es ausbaden müssen, dass ihre Eltern kein Geld haben.“

Mit dem letztgenannten Punkt liegt Dmitri voll auf der Linie der zahlreichen Redner. Der Stuttgarter Verdi-Bezirksgeschäftsführer Bernd Riexinger formuliert das so: „Die soziale Spaltung der Bürger ist ein Skandal. Bildung muss für alle umsonst sein, muss soziale Nachteile ausgleichen, muss diejenigen besonders fördern, die nicht so gute Bedingungen haben.“ Mit Forderungen nach einem warmem Schulessen für alle „statt eines sinnlosen Bahnprojekts“ sowie „das G 8 muss weg“ sichert sich Riexinger den Applaus der Zuhörer. Als der Protestzug an den Studiengebäuden K I und K II der Uni vorbeizieht, reiht sich kaum ein Student in die Demo ein. Unterstützung signalisieren hingegen die Mitarbeiter des Katharinenhospitals mit einem Spruchband: „Klinikum begrüßt den Bildungsstreik - gemeinsam am 12. Juni“.

Ganz vorn im Zug marschieren auch

einige Siebtklässler aus dem Württemberggymnasium mit. „Wir müssen eine Entschuldigung von den Eltern bringen“, berichtet einer. Ob diese das Papier schon unterschrieben haben? „Bisher noch nicht“, sagt ein Siebtklässler - und grinst.

Auch Dmitri und Leon laufen tapfer die ganze Strecke mit - was mindestens dem Pensum der geschwänzten Sportstunde entspricht. Antworten auf ihre Fragen haben die beiden Schüler indes noch nicht erhalten. Beim Zwischenstopp der Demonstranten auf Höhe der Tübinger Straße kritisiert ein Redner, dass Jugendoffiziere der Bundeswehr an Schulen auftreten dürften. „Das heißt, das Kultusministerium wirbt direkt fürs Sterben.“ Der Redner ruft zum Protest gegen die öffentliche Vereidigung am 30. Juli auf. „Wir werden dieses Militärspektakel blockieren.“

Auf dem Schlossplatz fordern Vertreter der politischen Jugendparteien ein Ende der sozialen Selektion, des G 8 und des Kapitalismus, und Isabel vom Schüleraktionskomitee und Marion von Wartenberg (DGB) kritisieren das gelb-schwarze Sparpaket, das Kinder armer Familien von Bildung ausgrenzt. Aber da sind die meisten Demonstranten schon verschwunden.

Quelle Süddeutsche Zeitung vom 10.06.2010
 Seite 43
 Ressort Beilage
 Urheberinfo SZdigital: Alle Rechte vorbehalten - Süddeutsche Zeitung GmbH, München

Süddeutsche Zeitung
 MÜNCHNER NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

Kaviar für Ingenieure

Bachelor, Master, Diplom: Wie viel man später verdient, hängt vom Abschluss ab - und vom Fach, das man studiert hat

Von Tobias Schormann

Medizinstudenten fahren später Porsche, bei Germanisten ist es ein Taxi. Ganz so einfach ist es zwar nicht. Dennoch: Bei der Studienwahl entscheiden Schulabgänger auch über ihr späteres Einkommen. Wie viel ihr Abschluss auf dem Arbeitsmarkt wert ist, hängt aber nicht nur vom Fach ab. Auch Universitäts- und Fachhochschul-Abgänger werden nicht gleich gut bezahlt, und Bachelor- und Master-Abschlüsse sind unterschiedlich lukrativ. Das durchzurechnen, kann sich also lohnen.

Bachelor landen in der zweiten Klasse? Auf den ersten Blick scheint das zu stimmen - zumindest beim Einstiegsgehalt. Absolventen mit Bachelor-Abschluss verdienen beim Berufsstart deutlich weniger als Akademiker, die länger studiert haben: Ihr Einkommen ist im Durchschnitt 15 bis 20 Prozent geringer als bei den alten Abschlüssen, wie Harald Schomburg vom Internationalen Zentrum für Hochschulforschung an der Universität Kassel erläutert. Er und sein Team haben in einer Studie die Angaben von etwa 35 000 Absolventen des Prüfungsjahrgangs 2007 ausgewertet.

Offen ist aber, ob diese Lücke längerfristig bestehen bleibt. Bei Ingenieuren zum Beispiel ist das nicht so, wie eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln ergeben hat: "Nach drei bis fünf Berufsjahren nähern sich die Gehälter an", erläutert der Geschäftsführer Hans-Peter Klös. Dann erreichen Bachelor-Absolventen bei 80 Prozent der 1753 befragten Unternehmen das gleiche Gehalt wie Ingenieure mit Diplom. Der Satz "Der Bachelor ist ein Zweite-Klasse-Abschluss" ist also nur die halbe Wahrheit.

Wer allerdings den Master aufsattelt, hat gegenüber dem Bachelor die Nase vorn. Nach der Kasseler Studie kommen regulär Beschäftigte mit einem Bachelor einer Fachhochschule nach 18 Monaten auf ein monatliches Einkommen von

2635 Euro brutto, bei Uni-Abgängern sind es 2241 Euro. Master-Absolventen liegen mit 3284 Euro (FH) und 2803 Euro (Universität) deutlich darüber. Beim Berufseinstieg liegen der Kasseler Untersuchung zufolge die FHler - zumindest teilweise - noch vorn: Gleich nach dem Abschluss beträgt das monatliche Bruttoeinkommen von regulär erwerbstätigen Uni-Absolventen im Schnitt 2768 Euro - bei den Fachhochschulern sind es 2852 Euro.

Auf lange Sicht verdienen Uni-Absolventen aber im Schnitt mehr als FH-Abgänger, wie Kolja Briedis vom Hochschul-Informationssystem (HIS) in Hannover bestätigt. So bringen vollzeitbeschäftigte Uni-Absolventen zehn Jahre nach ihrem Abschluss im Durchschnitt 64 300 Euro brutto im Jahr nach Hause - bei Fachhochschul-Abgängern sind es nur 59 400 Euro. Das HIS hat mehr als 5000 Absolventen mehrmals innerhalb von zehn Jahren befragt.

Das Gehaltsgefälle im späteren Berufsleben spiegelt sich auch in einzelnen Fächern wieder. Während ein Bauingenieur von der Uni nach zehn Jahren ein Bruttojahreseinkommen von 56 100 Euro hat, bringt es sein Fachkollege mit FH-Abschluss nur auf 49 700 Euro. Auch in Elektrotechnik ist das Verhältnis 70 900 zu 64 200 Euro zugunsten der Uni-Absolventen. Ausnahmen bestätigen die Regel: FH-Informatiker (77 300 Euro) verdienen laut dem HIS nach zehn Jahren im Schnitt deutlich mehr als ihre Uni-Kollegen (70 800 Euro).

"In Deutschland wird eben stark nach dem formalen Abschluss bezahlt", sagt Briedis. Bei den alten Abschlüssen sei die Kluft zwischen Uni und Fachhochschule daher oft noch größer. Die "Demarkationslinie" werde sich aber bald verschieben und künftig eher zwischen Bachelor und Master liegen.

Schaut man sich die nackten Zahlen an, dürfte eigentlich niemand eine Geistes- oder Sozialwissenschaft studieren. Denn

lukrativ ist eine Karriere als Amerikanist oder Drogenberater dem HIS zufolge nicht: FH-Abgänger im Fachbereich Sozialwesen kommen im Schnitt auf ein Jahresgehalt von etwa 37 500 Euro brutto, Uni-Pädagogen verbuchen 41 700, Sprach- und Kulturwissenschaftler 51 300 Euro. Das große Geld lockt hier also nicht. "Das erwartet in diesen Fächern aber auch keiner", sagt Briedis. "Romanistik zum Beispiel studiert man eher aus Interesse." Das deckt sich mit einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg: Demnach schätzen Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaftler eher den Spaß und die intellektuellen Entfaltungsmöglichkeiten an ihrer Arbeit.

Dass Geistes- und Sozialwissenschaftler beim Einkommen schlechter abschneiden, liegt auch daran, dass es sich dabei um typische "Frauenfächer" handelt. Denn in Fächern mit hohem Frauenanteil verdienen Absolventen oft weniger als solche aus Fachrichtungen mit mehr männlichen Studenten. Das hat eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung ergeben. Demnach haben Absolventen aus sogenannten Frauenfächern ein um 26 Prozent niedrigeres Einkommen als Abgänger in klassischen Männerfächern wie Ingenieurwissenschaften. Dazu gehören Elektrotechnik mit einem Männeranteil von 91,7 Prozent, Verkehrstechnik (91,2 Prozent), Informatik (85,2 Prozent) oder Ingenieurwesen (84,1 Prozent). Frauen entscheiden sich gerne für die wenig lukrativen Haushalts- und Ernährungswissenschaften (86,8 Prozent), Tiermedizin (84,4 Prozent), Kunst (81,7 Prozent) oder Sonderpädagogik (79 Prozent).

Wer ein MINT-Fach, also Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften oder Technik gewählt hat, dem winken laut Kolja Briedis vom HIS im späteren Berufsleben hohe Gehälter. Maschinenbauer von der Uni etwa haben ein Jahres-

einkommen von 76 200 Euro. Aber auch bei Wirtschaftswissenschaftlern von der Universität kann sich das Gehalt mit 77 800 Euro sehen lassen.

Klassiker sind nicht immer die beste Wahl. Humanmediziner erreichen samt aller Zulagen zwar 79 000 Euro. Fächer wie Jura seien heute aber keine sichere

Bank mehr, sagt Briedis. Und mit 69 600 Euro im Schnitt ist längst nicht jeder Jurist ein Spitzenverdiener. Manche neuen Fächer sind dagegen einträglicher als Traditionsdisziplinen: Wirtschaftsingenieure etwa gehören mit mehr als 100 000 Euro im Jahr zu den Top-Verdienern.

Auf lange Sicht verdienen Absolventen von der Uni mehr als Fachhochschüler

Haushaltswissenschaft - Frauen entscheiden sich für weniger lukrative Fächer



Wer Romanistik studiert, tut das aus Interesse und nicht, um das ganz große Geld zu verdienen. Eine Heringssemmel schmeckt schließlich auch. Foto: apn

© PMG Presse-Monitor GmbH